

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

An den Vorsitzenden Ausschusses
Umwelt und Grün
Herrn Rafael Christof Struwe

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 28.05.2020

AN/0668/2020

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	04.06.2020

Änderungsantrag zu AN/0657/2020 - Gartenordnung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie darum, folgenden Änderungsantrag zu TOP 2.4 auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 04. Juni zu setzen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1)

Änderung

Die Vorschrift einer ökologisch hochwertigen Mindestfläche wird nicht auf Ebene jedes Einzelgartens verfolgt. Eine ökologische und klimatische Aufwertung der Allgemeinflächen ist erstrebenswert.

2) Ergänzung

Die Förderung einheimischer Pflanzen wird ergänzt um die Förderung von Pflanzen, die im Rahmen des Klimawandels hier heimisch werden können.

3) Ergänzung

Die Stadt wird aufgefordert zu prüfen, wie weit sie in ihrem Umweltbildungsauftrag die Fortbildung in den Kleingartenanlagen, ggf. mit der VHS und anderen, entwickeln kann und das Umweltbildungskonzept um diese Zielgruppe ergänzt werden sollte.

4) Streichung

Auf politische Vorgaben für die Gestaltung von Zäunen in Kleingartenanlagen wird verzichtet.

5) Ergänzung

Die neue Regelung soll die Nutzung von Erdwärme fördern und ggf. auch die Förderung durch Dritte möglich machen.

6) Ergänzung

Das Verbot des Befahrens der Wege mit Motorfahrzeugen gilt nicht für elektrisch motorisierte Rollstühle und Fahrräder. Dies muss auch nicht beantragt werden.

7) Ergänzung

Die Haltung von Bienen gemäß §10(3) der heutigen Gartenordnung wird auf eine Anzeigepflicht umgestellt.

8) Ergänzung

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, ihre beim 100-jährigen Jubiläum der Kleingärtner dargestellte Perspektive für einen neuen Vertrag im Ausschuss für Umwelt und Grün als Mitteilung zur Diskussion zu stellen.

Begründung:

1)

Unterschiedliche Ansichten zur Frage, was ökologisch hochwertig sei, sind mehr Anlass zu Nachbarschaftsstreit als zu ökologischer Aufwertung. Die geringe und evtl. sinkende Größe der Gärten macht eine zusätzliche Nutzungsanforderung zu einer Überfrachtung an Regulierung.

2)

Auch die Stadt selbst beginnt, sich bei der Auswahl der Straßenbäume auf den Klimawandel vorzubereiten und nimmt Neophyten in das Portfolio auf.

3)

Es ist nicht davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit Kleingärtnerinnen und Kleingärtner ausreichend Kenntnisse in der Schule oder im Leben danach erworben haben, um ökologisch wünschenswerte Gartengestaltung aus eigener Einsicht umzusetzen. Die Anordnung ohne Einsicht ist nicht nachhaltig.

4)

Die Vorschläge der Antragsteller sehen einige Liberalisierungen vor und das ist gut so. Vorgaben für die Gestaltung von Zäunen passen nicht dazu. Auf die Ergänzung 3) wird verwiesen. Außerdem kann die Freigabe von nicht-belästigender Kleintierhaltung (z.B. freilaufende Schildkröten und Hauskaninchen) ein Grund sein, die Durchlässigkeit von Zäunen zu begrenzen.

5)

Viele Menschen in kleinen Wohnungen würden ihre Laube auch im Winter nutzen. Die Heizung mit Gas aus Flaschen ist heute zulässig, ebenso die Heizung mit Strom aus Solar/Batterie-Kombinationen.

6)

Dies ist nur eine juristische Klarstellung für §6 (2) der heutigen Gartenordnung; es ist davon auszugehen, dass das heute so von allen Vereinen pragmatisch gehandhabt wird.

7)

Die Haltung von Bienen muss Menschen mit entsprechender Fachkunde §10 (4) heute schon genehmigt werden. Eine Anzeigepflicht vereinfacht den Prozess. Die Rolle der Imkerin und des Imkers ist nicht mehr die, um eine Genehmigung über mehrere Verwaltungsebenen bittende und auf den Abschluss des Prozesses wartende.

8)

Es waren alle stimmberechtigten Fraktionen bei der Veranstaltung anwesend, aber nicht alle Mitglieder des zuständigen Fachausschusses. Außerdem wurden die Thesen zwar diskutiert, aber das geschah nicht in einem politisch strukturierten Prozess.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer

Dr. Rolf Albach
Umweltpolitischer Sprecher